

Postgewerkschaft:

Klare Ablehnung der ÖIAG-Personalagentur

Fehlende Strategien der Manager können auch mit einer Beamtenentsorgungsaktion auf Kosten der Steuerzahler nicht gelöst werden

Wien (ÖGB/GPF) Die Kommunikationsgewerkschaft GPF hat mit Beschluss des Präsidiums vom 14. 5. 2008 die Einrichtung einer Personalagentur – egal wo – ohne Wenn und Aber auf das Schärfste abgelehnt.

„Weder im Telekom-Konzern noch im Post-Konzern gibt es derartige Personalüberhänge, wie sie im ÖIAG-Basispapier beschrieben sind“, sagte Gerhard Fritz, GPF-Bundesvorsitzender nach der Präsidiumssitzung am 14. Mai 2008.

Das Gewerkschafts-Präsidium hat in seiner Ablehnung unter anderem formuliert:

„Wir verwehren uns gegen die ständig zu Grunde liegende Einstellung mancher Verantwortlicher in den Managementtagen, dass Beamt/innen angeblich Minderleister, Nichtsteuer und unflexible Sturköpfe seien, wie immer wieder mehr oder minder deutlich aus den Konzernen und der ÖIAG zu hören ist.

Beamt/innen sind wertvolle Arbeitnehmer/innen, die genauso wie die nicht beamteten Kolleg/innen die hervorragenden Ergebnisse von Telekom, mobilkom, Post und Postbus hart erarbeitet haben.“

In vier Punkten wird aufgeschlüsselt, warum eine solche Personalagentur abzulehnen ist:

1. Die Österreichische Post AG und die Telekom Austria AG betreiben seit Jahren ähnliche Einrichtungen zur Qualifizierung und aktiven Vermittlung von Mitarbeiter/innen.

Das Projekt KEC bei der Österreichischen Post AG und der Personalpool bei der Telekom Austria sind mehr als deutlich gescheitert.

2. Die MitarbeiterInnen werden rechtswidrig auf „Scheinarbeitsplätzen“ verwendet, die Organisation KEC ist eine fiktive Scheinorganisation.

Die Berufungskommission im BKA hat in der Vergangenheit immer wieder gegen diese Scheinorganisation entschieden, Versetzungsbescheide aufgehoben und an die erste Instanz zurückverwiesen.

3. Das vorrangige Ziel einer börsennotierten Aktiengesellschaft muss sein, Wachstum in Form von neuen Geschäfts- und Produktideen zu schaffen, um damit den betroffenen Arbeitnehmer/innen Beschäftigung geben zu können.

Die Auslagerungen von Leistungen sowie der Einsatz von Scheinselbstständigen in Tochterfirmen und der Einsatz von Fremd- und Leihpersonal führen unweigerlich zu einem Personalüberhang beim Stammpersonal. Dieser Überhang darf nicht auf Kosten der Allgemeinheit und somit auf Kosten der Steuerzahler gehen, wenn Mitarbeiter/innen mittels dieser Agentur ausgelagert und zum „Nichtstun“ verdammt werden. Das ist finanzieller Wahnsinn, aber auch eine menschliche Tragödie.

4. Die geplanten gesetzlichen Änderungen haben derart gravierende existentielle Auswirkungen und Folgen für die von uns vertretenen Beamt/innen (Verlagerung des Personalamtes, Aufhebung des Versetzungsschutzes, Flexibilisierung des Dienstrechtes, Aufhebung der Personalvertretungszuständigkeit usw.), dass eine verantwortungsvolle Belegschaftsvertretung eine solche

„Beamtenentsorgungsaktion“ auf das Schärfste ablehnen muss.

„Wir stehen derzeit vor der Situation, dass die Mitarbeiter/innen im KEC (Post AG) und im Personalpool (Telekom) ständig mehr werden“, kritisierte Bundesvorsitzender Gerhard Fritz. Derzeit sind bei der Post knapp 700 Mitarbeiter/innen, bei Telekom rund die Hälfte davon mit stark steigender Tendenz ausgelagert. Die Reintegration ist fast Null, weiß die Personalvertretung.

„Schulungen in der Post AG werden mit einem Schulungsbudget von sagenhaften 30 Euro im Jahr pro Mitarbeiter/in durchgeführt, wirklich aktive Vermittlung findet nicht statt, keinerlei neue Geschäftsmodelle entstehen“, hält Gerhard Fritz weiter fest.

„Es ist einfach: Machen die verantwortlichen Manager Ihre Hausaufgaben, indem sie durch neue Geschäftsideen Wachstum schaffen und einen brauchbaren Sozialplan mit der Belegschaft aushandeln, ist diese menschenverachtende und kontraproduktive Personalagentur entbehrlich“, sagte Gerhard Fritz abschließend.

